



Nr. 283 | 27.04.2023

## Ukraine-Analysen

### Sozialpolitik

■ <b>ANALYSE</b>		
Das Sozialsystem in der Ukraine: Was ist nötig, damit es unter der schweren Last des Krieges besteht?		2
Von Oksana Chorna (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		
■ <b>ANALYSE</b>		
Die hohen Kosten des Krieges: Wie Russlands Krieg gegen die Ukraine die Armut verschärft		6
Von Oleksandra Betliy (Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung, Kyjiw)		
■ <b>STATISTIK</b>		
Wirtschaftsentwicklung und Sozialpolitik		10
■ <b>UMFRAGEN</b>		
Finanzielle Lage der Bevölkerung		15
<hr/>		
■ <b>CHRONIK</b>		
22. Februar – 07. März 2023		17

## Das Sozialsystem in der Ukraine: Was ist nötig, damit es unter der schweren Last des Krieges besteht?

Von Oksana Chorna (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.283.01

### Zusammenfassung

Der russische Angriffskrieg hat massive Auswirkungen auf das Sozialsystem der Ukraine. Der Bedarf an sozialen Unterstützungsleistungen ist stark gestiegen. Gleichzeitig sind die Staatseinnahmen aufgrund der kriegsbedingten Wirtschaftskrise dramatisch eingebrochen und die Ausgaben für die Landesverteidigung haben sich vervielfacht. Dadurch gibt es ein hohes Haushaltsdefizit, das die Finanzierung sozialer Programme erschwert. Hinzu kommt eine demografische Krise, die den Druck auf das Sozialsystem erhöht und durch die Massenmigration noch verschärft wird. Das Sozialsystem muss dringend auf diese Lage reagieren und reformiert werden. Gleichzeitig stellen tiefgreifende Reformen vor dem Hintergrund des andauernden Krieges eine besondere Herausforderung dar.

### Einleitung

Der großflächige russische Angriffskrieg seit Februar 2022 hat gravierende Folgen für die ukrainische Bevölkerung: Laut Angaben von OCHA (<https://reports.unocha.org/en/country/ukraine/>) brauchen 17,7 Millionen Menschen externe Hilfe für Schutz, Unterkunft und Ernährung. Etwa 11,1 Millionen Menschen innerhalb des Landes sind von Ernährungsunsicherheit betroffen. Der OECD zufolge (<https://www.oecd.org/ukraine-hub/policy-responses/social-policies-for-an-inclusive-recovery-in-ukraine-506fcef6/>) leben rund 80 Prozent der alleinstehenden älteren Ukrainer:innen, zumeist Frauen, unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. 90 Prozent der Rentner:innen sind nicht einmal in der Lage, für die grundlegenden medizinischen Bedürfnisse aufzukommen, obwohl sie oft mehrere chronische Krankheiten haben. Darüber hinaus verschlechtert der Krieg die Beschäftigungssituation von Frauen, sodass sie in den informellen Sektor gedrängt werden, wodurch ihr Armutsrisiko steigt.

Der dramatisch gestiegene Bedarf an sozialer Unterstützung, stark gestiegene Verteidigungsausgaben und die hohe Inflation bedrohen die Fähigkeit des ukrainischen Staates, seinen Verpflichtungen zum sozialen Schutz der eigenen Bevölkerung nachzukommen. Das Haushaltsdefizit lag 2022 umgerechnet bei 39 Mrd. US-Dollar und beträgt im laufenden Jahr ähnlich viel. Seit Beginn der Invasion wurden der Ukraine laut IWF-Schätzung (<https://www.german-economic-team.com/newsletter/ein-neues-iwf-programm-fuer-die-ukraine/>) 115 Mrd. US-Dollar zur finanziellen Stützung des Staatshaushalts zugesagt. Um die kriegsbedingte soziale Krise in den Griff zu bekommen, wird aktuell die Reformierung des Sozialsystems diskutiert. Die Reformvorhaben, die unter anderem von internationalen Kreditgebern, auf die das Land mehr denn je angewiesen ist, gefördert werden, bergen jedoch die Gefahr, dass der Staat

sich weiter aus dem Bereich der Sozialfürsorge zurückzieht, was die Lage der Bevölkerung noch vulnerabler und prekärer machen könnte.

### Reformbedarf

Das Sozialschutzsystem in der Ukraine umfasst ein breites Spektrum an Sozialhilfen, Versicherungen, Leistungen, Subventionen und Ansprüchen. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (<https://www.socialprotection.org/gimi/ShowCountryProfile.action?iso=UA>) profitieren 73 Prozent der Bevölkerung, insbesondere ältere Menschen, Behinderte, kinderreiche Familien, Kriegsoffer und Veteranen, direkt oder indirekt von mindestens einem Sozialschutzprogramm.

Als Reaktion auf die humanitäre Krise nach Beginn der russischen Aggression im Jahr 2014 (als es infolge der Annexion der Krim und den Kämpfen im Donbas zu einer ersten großen Flüchtlingswelle kam), sowie im Zuge der COVID-19-Pandemie und schließlich dem enorm gestiegenen humanitären Bedarf infolge der großangelegten russischen Invasion hat das ukrainische Ministerium für Sozialpolitik die nationalen Sozialschutzprogramme in den letzten Jahren ausgebaut. Dabei hat der wachsende Bedarf den Abdeckungsgrad und die Angemessenheit der Sozialleistungen schon vor Beginn der russischen Invasion 2022 überstiegen. Und seit dem Februar 2022 ist die Zahl der Menschen, die soziale Unterstützung benötigen, noch einmal drastisch gestiegen.

Die Reform des Sozialsystems in der Ukraine wird im Grunde seit der Unabhängigkeit 1991 diskutiert, denn das aus der Sowjetunion übernommene breite Netz von Sozialleistungen war im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) immer unverhältnismäßig groß. So gab die Ukraine bereits vor der russischen Invasion einen wesentlich höheren Anteil des BIPs für Sozialleistungen aus als andere Länder der Region. 2021 wurden

zum Beispiel 9,5 Prozent des BIP nur für die Altersversorgung ausgegeben. Zum Vergleich: in Litauen, Lettland und Estland waren es zwischen 6,4 und 6,8 Prozent (<https://data.oecd.org/socialexp/pension-spending.htm>).

Im Jahr 2022 wurde der Löwenanteil des ukrainischen Haushalts für die Verteidigung ausgegeben – 42 Prozent. Das ist neunmal mehr, als das Land vor der russischen Invasion für die Verteidigung ausgab. Die Sozialausgaben stehen nach der Verteidigung an zweiter Stelle im Staatshaushalt. Im Vergleich zu 2021 sind die Sozialausgaben von 23 Prozent auf 16 Prozent des Staatshaushalts gesunken..

Angesichts des erhöhten Drucks auf das Sozialsystem als Folge der russischen Invasion wurden die Diskussionen über eine Reform des Systems im Land intensiviert. Aber auch das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine verpflichtet das Land, die Rechtsvorschriften in den Bereichen Beschäftigung, Sozialpolitik und Chancengleichheit an EU-Richtlinien anzugleichen. Ein im Februar 2023 von der EU-Kommission veröffentlichter Analysebericht ([https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_23\\_123](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_23_123)) erwähnt mehrere Defizite in der ukrainischen Gesetzgebung und resümiert: »Ukraine is at an early stage of preparation in the field of social policy and employment.«

Im April 2022 begann der Rada-Ausschuss für Sozialpolitik und den Schutz der Rechte von Veteranen mit der Ausarbeitung einer Reform des Sozialgesetzbuches. Auf der Website (<https://www.rada.gov.ua/news/razom/224746.html>) der Werchowna Rada hieß es dazu: »Die Gesetzgebungspraxis der zivilisierten Länder zeigt, dass die Sozialpolitik der Staaten unter Berücksichtigung ihrer finanziellen Möglichkeiten und der Zustimmung der Gesellschaften zur Finanzierung bestimmter Bevölkerungsgruppen entwickelt werden sollte.« Diese Formulierung lässt darauf schließen, dass der Staat seine Funktion im Bereich der sozialen Absicherung vermutlich einschränken will. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits 2022 unternommen.

### Einschnitte bei der Sozialversicherung

Im September 2022 hat die Werchowna Rada die Auflösung des Sozialversicherungsfonds und seine Zusammenlegung mit dem Rentenfonds der Ukraine verabschiedet. Der Sozialversicherungsfonds war ein gemeinsamer Topf, der zu gleichen Teilen von Vertreter:innen des Staates, der Arbeitgeber:innen und der Gewerkschaften geleitet wurde.

Der Sozialversicherungsfonds leistete Unterstützungszahlungen an Bürger:innen, die aufgrund von Krankheit, Mutterschaftsurlaub, Behinderung, Arbeitsunfällen oder anderen Umständen vorübergehend nicht arbeiten konnten. Er bot auch medizinische und soziale Dienstleistungen für diejenigen, die Sozialbeiträge zahlten, sei es über ihre Arbeitgeber:innen oder als Selbstständige. Die Einnahmen des Fonds waren nicht Teil des

ukrainischen Staatshaushalts, sondern wurden über Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber:innen finanziert.

Im Jahr 2021 beantragten mehr als drei Millionen Ukrainer:innen Leistungen beim Sozialversicherungsfonds, das sind eine halbe Million mehr Menschen als im Jahr 2020. Rund 16 Mrd. Hrywnja wurden in diesem Jahr an Krankengeld ausgezahlt.

Allerdings haben durch die Coronavirus-Pandemie verursachte Unternehmenspleiten und Arbeitsplatzverluste zu einem drastischen Rückgang der Sozialbeiträge geführt. Nach Angaben der staatlichen Pflichtsozialversicherung ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 12,8 Millionen im Januar 2020 auf 10,7 Millionen im September 2022 gesunken. Nur 36 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) zahlten im Jahr 2021 tatsächlich Beiträge.

Die Senkung des einheitlichen Sozialsteuersatzes um fast die Hälfte von 38 auf 22 Prozent im Jahr 2015 sowie die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie bescheren dem Fonds in den letzten Jahren ein riesiges Defizit. Am 1. September 2021 beliefen sich die Schulden des Fonds für die Auszahlung von Leistungen an die Versicherten auf rund 2 Mrd. Hrywnja und haben sich seit 2019 fast verdoppelt. Im Dezember 2021 wies die Regierung dem Sozialversicherungsfonds der Ukraine 1,75 Mrd. Hrywnja zu, um die Schulden der Versicherten zu begleichen.

Das Defizit der Fondsmittel und die Einsparungen von Verwaltungskosten waren die Hauptargumente der Befürworter:innen der Zusammenlegung mit dem Rentenfonds. Zusätzlich führen die Unterstützer:innen dieser Reform an, dass die Ukraine angesichts der Zerstörung der Wirtschaft durch die russische Invasion ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Bürger:innen reduzieren muss. Sie argumentieren, dass private Versicherer die Rolle der staatlichen Wohlfahrt übernehmen könnten.

Abgeordnete der Opposition und Gewerkschaften haben sich gegen die Zusammenlegung ausgesprochen und sind der Ansicht, sie verstoße gegen bewährte Praxis in der Europäischen Union, wo Renten- und Sozialversicherung von verschiedenen Einrichtungen getragen werden. Sie zweifeln an, dass Verwaltungskosten dadurch abnehmen würden, weil die Zahl der Personen, die in Kriegszeiten Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen, weiter steigen wird, was zunehmenden Verwaltungsaufwand bedeutet. Die ukrainischen Gewerkschaften sind außerdem besorgt, dass das Gesetz den Weg für die Einführung privater Versicherungsfonds zur Gewährung von Leistungen bei Krankheit oder Unfällen am Arbeitsplatz ebnet. Diese sind, im Gegensatz zum staatlichen Sozialversicherungsfonds, nicht rechnungspflichtig, haben keine Vertreter:innen von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen und sind letztlich profit- und nicht gemeinwohlorientiert.

## Die demografische Krise birgt weitere Risiken

Eine andere, in der Ukraine seit langem diskutierte Reform ist die Reorganisation des Rentensystems. Die demografische Krise in der Ukraine setzte bereits Ende des 20. Jahrhunderts ein und wird durch den Krieg noch verschärft. Laut dem Staatlichen Statistikamt der Ukraine ([http://db.ukrcensus.gov.ua/PXWEB2007/ukr/publ\\_new1/2021/zb\\_rpn21\\_ue.pdf](http://db.ukrcensus.gov.ua/PXWEB2007/ukr/publ_new1/2021/zb_rpn21_ue.pdf)) lag 2021 der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (16–59) bei 59,5 Prozent, während der Anteil älterer Menschen (60+) bei 24,4 Prozent lag. Das bedeutet ein Verhältnis zwischen älteren Menschen und Menschen im erwerbsfähigen Alter von über 40 Prozent, was höher ist als in den meisten OECD-Ländern.

Aufgrund der Alterung der Bevölkerung steigt die Zahl der Menschen im Rentenalter. Die Geburtenrate geht gleichzeitig seit Jahren zurück. Bereits nach der Unabhängigkeit sank sie dramatisch und fiel 2014 auf 1,46 Kinder pro Frau. Bis 2019 ging die Rate weiter zurück auf 1,14 Geburten pro Frau, wodurch die Ukraine mit die niedrigste Geburtenrate in Europa aufweist (zum Vergleich: in Deutschland liegt der Wert aktuell bei 1,53). Der Krieg verschärft die Situation, da Menschen in Konfliktsituationen aufgrund der Ungewissheit über die Zukunft und der schwierigen Lebensbedingungen im Krieg beschließen, das Kinderkriegen aufzuschieben.

Darüber hinaus führen die Kriegshandlungen zu hohen Verlusten bei Militär und Zivilbevölkerung, wodurch die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter noch weiter sinkt. Aufgrund der gezielten Bombardierung von ukrainischen Wohngebieten durch Russland, der Verminung großer Bereiche des Landes und der Verletzungen des militärischen Personals hat die Zahl der Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen in der Ukraine stark zugenommen. Seit Februar 2022 haben fast 84.000 Menschen staatliche Hilfen für ihre Rehabilitation beantragt. Mehr als 18.000 Betroffene erhalten Prothesen und Orthesen.

Millionen Menschen, vor allem Mütter mit Kindern, sahen sich gezwungen, aus der Ukraine zu fliehen und in anderen Ländern Schutz zu suchen. Sollten die Grenzen für Männer geöffnet werden, schließen sich möglicherweise viele ihren Familien im Ausland an – Rückkehr ungewiss. Viele ältere Menschen hingegen können oder wollen ihre Heimat nicht verlassen und bleiben daher oft in der Ukraine.

Diese demografischen Entwicklungen führen dazu, dass die Zahl derjenigen, die in die Sozialkassen einzahlen, sinkt, während gleichzeitig mehr und mehr Menschen in der Ukraine auf Renten angewiesen sind. Im Jahr 2023 werden 232,9 Mrd. Hrywnja zur Deckung des Defizits des Pensionsfonds bereitgestellt, was fast 10 Prozent der gesamten Staatsausgaben entspricht.

## Reform des Rentensystems

Das umlagefinanzierte Rentensystem in der Ukraine funktioniert nur, solange stetig genügend neue Beitragszahler:innen hinzukommen. Die beschriebene demografische Krise führt zu einer sinkenden Zahl von beitragszahlenden Beschäftigten und einer steigenden Zahl von Rentner:innen und anderen Empfänger:innen sozialer Leistungen, was zu einer schweren Belastung für den Staat wird.

Der Reformprozess des Rentensystems startete schon vor 20 Jahren, als die Ukraine im Juli 2003 ein Gesetz über die obligatorische staatliche Rentenversicherung verabschiedete. Dieses Dokument markierte den Beginn einer langen – und erfolglosen – Geschichte der Rentenreform, nämlich die der Einführung obligatorischer kapitalgedeckter Rentenkonten.

Das ukrainische Rentensystem besteht laut dem Gesetz aus drei Säulen:

1. Die erste Säule ist umlagefinanziert. Die Rentner:innen erhalten Zahlungen, die aus den Beiträgen der Erwerbstätigen stammen.
2. Die zweite Säule ist kapitalgedeckt: Alle Ukrainer:innen verfügen über ihr eigenes kapitalgedecktes Rentenkonto, auf das sie Pflichtbeiträge aus ihrem Einkommen einzahlen müssen. Diese Mittel werden investiert und vermehrt.
3. Die dritte Säule ist freiwillig: Sie sieht die Eröffnung zusätzlicher Sparkonten bei privaten Rentenfonds vor, mithilfe derer die Menschen nach eigenem Ermessen für ihr Alter sparen können.

Derzeit gibt es im ukrainischen Rentensystem die erste und die dritte Säule. Die Einführung der zweiten Säule mit obligatorischen kapitalgedeckten Rentenfonds steht noch aus.

Im Laufe der letzten Jahre hat der Staat erfolglos mehrere Versuche unternommen, eine kapitalgedeckte Altersversorgung einzuführen. Ende 2021 wurde die Rentenreform erneut diskutiert. Angesichts der großangelegten russischen Invasion verschwand das Thema dann zunächst wieder aus der öffentlichen Debatte, bis der entsprechende Gesetzesentwurf Anfang November 2022 wieder auf die Tagesordnung des Parlaments kam.

Ende März 2023 verpflichteten sich die ukrainischen Behörden in einer Absichtserklärung, im Gegenzug für Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) das Renten- und Sozialversicherungssystem zu reformieren (woraufhin der IWF eine vierjährige erweiterte Fondsfazilität in Höhe von 15,6 Mrd. USD für die Ukraine genehmigte). Der IWF, der bereits vor der Invasion zu den wichtigsten Kreditgebern der Ukraine gehörte, fordert seit langem eine Reform des Rentensystems. Nun, da die durch die russische Invasion verursachten Ausgaben des Staatshaushalts drastisch gestiegen sind und das Land mehr denn je auf internationale Finanzhilfen

angewiesen ist, wird es für den IWF leichter sein, seine Forderungen durchzubekommen.

Obwohl die Notwendigkeit zur Reformierung des ukrainischen Rentensystems offensichtlich ist, bezweifeln viele Expert:innen die positiven Effekte von obligatorischen kapitalgedeckten Rentenkontos in einem Land, das sich im Krieg befindet. Ein solches Projekt würde zudem erhebliche Ressourcen erfordern, die der ukrainische Staatshaushalt gerade nicht hat. Die obligatorische kapitalgedeckte Altersvorsorge wird von vielen als ein Instrument für langfristige Investitionen in die inländische Wirtschaft angesehen. Krieg und Inflation erschweren Investitionen, ohne die es wiederum unmöglich ist, die Wirksamkeit der kapitalgedeckten Renten zu gewährleisten.

Die ILO weist zudem auf die Gefahren eines solchen Systems hin. Nach ILO-Schätzungen zeigt die internationale Erfahrung, dass Rentensysteme, die auf individuellen Ersparnissen beruhen, wie z. B. ergänzenden Programmen und persönlichen Einlagen, viele makroökonomische, finanzielle und demografische Risiken für die Bürger:innen bergen und in Krisenzeiten nicht in der Lage sind, soziale Sicherheit zu gewährleisten. Solange der Krieg andauert, würde der Rückzug des Staates aus dem Rentenversicherungssystem die vulnerable Bevölkerungsschicht der Rentner:innen, die bereits schwer vom Krieg gebeutelt ist, mit am härtesten treffen.

#### *Über die Autorin*

*Oksana Chorna* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und promoviert zur ukrainischen Sozialpolitik. Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Teilprojekts B06 des SFB 1342 »Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik«, der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell gefördert wird.

#### **Fazit**

Das ukrainische Sozialsystem steht aufgrund des russischen Krieges gegen die Ukraine vor enormen Herausforderungen. Gegenwärtig ist es sehr schwer zu prognostizieren, wie sich die demografische, wirtschaftliche und finanzielle Situation des Landes weiterentwickelt und wie sie nach Kriegsende aussehen wird. Die Notwendigkeit von Reformen in der Sozialpolitik ist unbestritten, aber in Zeiten des Krieges bergen diese viele Risiken. Erstens stellt die Unvorhersehbarkeit des Krieges den Erfolg der Umsetzung der Reformen in Frage und macht ihre Folgen schwer abschätzbar. Zweitens kann die finanzielle Abhängigkeit der Ukraine von ihren Gläubigern die Regierung dazu bringen, Reformen durchzuführen, die vom Westen bevorzugt werden, aber nicht unbedingt der ukrainischen Bevölkerung zugute kommen bzw. auf spezifische Gegebenheiten in der Ukraine eingehen. Und drittens ist es für die ukrainische Zivilgesellschaft aufgrund des Kriegsrechts und anderer Auswirkungen des Krieges sehr schwierig, den Reformprozess mitzugestalten, wie es in den Jahren vor der großangelegten russischen Invasion oft der Fall war. Trotz des finanziellen und externen Drucks sollte der ukrainische Staat seine Rolle im Sozialsystem nicht genau in der Zeit mindern, in der die Bürger:innen am meisten auf das staatliche Sozialsystem angewiesen sind.

## Die hohen Kosten des Krieges: Wie Russlands Krieg gegen die Ukraine die Armut verschärft

Von Oleksandra Betliy (Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.283.02

### Zusammenfassung

Die sozialen Auswirkungen für die ukrainische Gesellschaft durch den russischen Angriffskrieg sind immens: Die Arbeitslosigkeit ist drastisch gestiegen und Millionen Menschen sind innerhalb des Landes geflohen, wodurch sie ihre Beschäftigung und Existenzgrundlagen verloren haben. Dadurch ist die Armutsquote der Weltbank zufolge schätzungsweise um das Fünffache gestiegen und liegt bei 24 Prozent. Der Staat reagiert auf die soziale Krise mit zahlreichen Programmen, um die Bürger:innen zu unterstützen.

### Einleitung

Die Wirtschaft der Ukraine hat im Laufe der großangelegten Invasion durch Russland, die am 24. Februar 2022 nach acht Jahren russischer Aggression in der Ostukraine und der Annexion der Krim 2014 begann, außerordentlich gelitten. Durch den Konflikt waren und sind Teile der Ukraine zeitweise besetzt, Lieferketten wurden unterbrochen. Die russischen Streitkräfte blockierten Seehäfen, so dass im August nur drei von ihnen offen waren. Dabei blieb deren Nutzung auf Getreide und einige andere landwirtschaftliche Produkte beschränkt. Das war für die Ukraine ein erheblicher Schlag, da das Schwarze Meer die wichtigste Exportroute für Eisenerz, metallurgische und landwirtschaftliche Erzeugnisse darstellt. Die russischen Streitkräfte haben nicht nur den Handel unterbrochen, sondern auch kritische Infrastruktur und Wohnhäuser zerstört. Darüber hinaus sah sich die Ukraine ganz beträchtlichen Engpässen bei der Energieversorgung gegenüber. Russische Angriffe auf die Energieinfrastruktur führten im Herbst zu einem Stromdefizit von 15–20 Prozent und wiederkehrenden Stromausfällen. Die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft und die Bevölkerung der Ukraine sind dramatisch.

Jüngst veröffentlichte Daten des ukrainischen Statistikamts »Ukrstat« zufolge ist das reale BIP des Landes im Laufe des Jahres 2022 um 29,1 Prozent gesunken. Auf der Produktionsseite ist die Wertschöpfung in allen Bereichen der Wirtschaft zurückgegangen, wie die nationalen Berichte ausweisen. Auf der Nachfrageseite ist der staatliche Konsum wegen der gestiegenen Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit eingebrochen: Der reale private Endverbrauch sank wegen der Einkommenseinbußen um 26,7 Prozent. Außerdem ist die Kaufkraft gesunken, da im Dezember 2022 die Inflation übers Jahr bei 26,6 Prozent lag. Sie wurde in erster Linie durch höhere Lebensmittel- und Treibstoffpreise angetrieben, während die Energietarife hingegen von der Regierung gedeckelt wurden. Auch wenn die Regierung

die rechtzeitige und umfassende Zahlung der Sozialleistungen, Gehälter und Renten sicherstellte, ist der Anteil der von Armut betroffenen Bevölkerung stark gestiegen.

### Die gesellschaftlichen Auswirkungen von Russlands Krieg gegen die Ukraine

Der großangelegte Krieg Russlands gegen die Ukraine hat für die Bevölkerung verheerende Folgen. Viele waren gezwungen, aus ihrem Zuhause zu fliehen und ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung verlor seine Arbeit. Die exakte Zahl derjenigen, die innerhalb des Landes oder ins Ausland fliehen mussten, ist nicht bekannt, doch Schätzungen gehen in die Millionen. Es gibt auch keine verlässlichen Informationen, wie viele zivile Opfer der Krieg bereits gefordert hat. Einige Schätzungen sprechen von 30.000 oder mehr Toten, während die offiziellen Zahlen niedriger sind. Derzeit ist es nicht möglich, die Situation in den vorübergehend besetzten Gebieten zu untersuchen. Das gilt insbesondere für Mariupol und für andere Städte, die von Russland besetzt sind. Die humanitäre Katastrophe ist in der Tat immens, und die Auswirkungen werden noch auf Jahre zu spüren sein.

Nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) beträgt die Zahl der aus der Ukraine geflüchteten über acht Millionen, wovon knapp über fünf Millionen Menschen in Europa als Vertriebene unter vorübergehendem Schutz oder einem ähnlichen nationalen Schutzprogramm registriert sind. Darüber hinaus wird geschätzt, dass sich rund 2,8 Millionen Ukrainer:innen in Russland oder Belarus aufhalten (freiwillig oder unter Zwang). Das Institut für Demographie und Sozialforschung der ukrainischen Akademie der Wissenschaften betont jedoch, dass die Schätzungen der UN erheblich übertrieben sind. Einer Studie des »Zentrums für Wirtschaftsstrategien« (CES) zufolge gibt es im Ausland (ohne Belarus und Russland) zwischen 3,8 und 4,7 Millionen ukrainische Geflüchtete. Der größte Teil von ihnen sind Frauen zwischen 35 und 49 Jahren und Kinder. Ukrainer:innen, die in andere Länder

gegangen sind, erhalten Geld und humanitäre Unterstützung (anders als in Russland und Belarus, wo die Erfahrungen gemischt sind). Der erwähnten Studie des CES zufolge haben allerdings 42 Prozent der ukrainischen Geflüchteten betont, dass das Geld nur für Essen reicht oder sie nicht genug Geld zur Verpflegung haben.

Die große Zahl der Geflüchteten stellt für das Potenzial der Ukraine zum Wiederaufbau nach dem Krieg eine große Herausforderung dar. Die Regierung wird versuchen müssen, eine Politik zu verfolgen, die ihre Rückkehr nach dem Krieg attraktiv macht. Unterdessen legen viele EU-Staaten Programme auf, die Anreize für eine Integration der Ukrainer:innen im Zielland bieten. Allerdings sind viele Ukrainer:innen bereits wieder ins Land zurückgekehrt, nachdem sie einige Zeit in der EU verbracht hatten.

Nicht nur die Emigration ins Ausland, sondern auch die Dimension der Binnenvertreibung war enorm. Nach einem Jahr Krieg ist die Zahl der in der Ukraine registrierten Binnenvertriebenen (IDP) nach Angaben des Ministeriums für Sozialpolitik bis Februar 2023 von 1,5 auf 4,8 Millionen gestiegen. Allerdings sind nicht alle Vertriebenen als Binnengeflüchtete registriert. Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge betrug die Zahl der IDPs mit Stand vom 23. Januar 2023 sogar 5,4 Millionen, wobei sie allmählich von dem Höchststand von acht Millionen Anfang Mai 2022 zurückgeht. Einer der Gründe hierfür ist der Umstand, dass wohlhabendere IDPs wegen der geringen Sozialleistungen nicht an einer Registrierung interessiert sind. Der IOM zufolge sind 55 Prozent der IDPs Frauen und 26,5 Prozent Kinder. 57 Prozent der IDPs sind im erwerbsfähigen Alter und 60 Prozent haben der IOM-Studie zufolge ihre Arbeit verloren.

In früheren Kriegsjahren (2014–2021), waren nur Bewohner:innen der Oblaste Donezk und Luhansk sowie der Krim von Vertreibung betroffen; 2022 galt das wiederum für die meisten Oblaste des Landes. Hinzu kam, dass in einigen Oblasten einige Regionen Ausgangspunkt für IDPs waren, während andere Regionen derselben Oblast IDPs aufnahmen. Diese Situationen gab es insbesondere in den Oblasten Sumy, Charkiw, Donezk, Cherson, Saporischschja und Mykolajiw, die dicht an der Front liegen. Allerdings betrifft dies auch andere Oblaste und Städte der Ukraine, einschließlich Kyjiw, da sich die russischen Raketen- und Drohnenangriffe gegen die gesamte Ukraine richteten.

Dass eine Integration der IDPs notwendig und dringend ist, wird von allen relevanten Beteiligten eingesehen. Viele IDPs und auch ins Ausland geflüchtete haben ihr Zuhause verloren. Schätzungen der Kyiv School of Economics (KSE) zufolge wurden bis Februar 2023 mehr als 150.000 Wohngebäude beschädigt oder zerstört, der Gesamtschaden beläuft sich auf 53,6 Milliarden US-Dollar.

## Sozialpolitik während des großangelegten Krieges

Seit Beginn der großangelegten Invasion durch Russland musste die ukrainische Regierung die Finanzierung der Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen erheblich aufstocken: Die konsolidierten Haushaltsausgaben hierfür stiegen auf das Neunfache bzw. 2,6-Fache. Gleichzeitig war es für die Regierung auch Priorität, alles zu unternehmen, um die Gehälter, Renten und Sozialleistungen rechtzeitig und umfassend zahlen zu können, damit in der Ukraine eine starke Zunahme der Armut vermieden wird.

Als Reaktion auf den Krieg führte die Regierung eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Armut ein, unter anderem im März 2022 das Programm »ePidtrymka« (dt.: »e-Unterstützung«), das für Bewohner:innen von 14 betroffenen Regionen, die vor dem 24. Februar 2022 einer Beschäftigung nachgegangen waren, eine Einmalzahlung von 6.500 Hrywnja (ca. 200 Euro) vorsah. Die Regierung wendete für das Programm 31 Milliarden Hrywnja (ca. 1 Mrd. Euro) auf, die fast 5 Millionen Menschen zugutekamen. Die Beantragung erfolgte unkompliziert per Smartphone über die staatliche E-Services-App »Diia«. Und um die Anträge auf Sozialhilfe zu vereinfachen, wurde die Registrierung als IDP oder als Arbeitslose/r ebenfalls über »Diia« ermöglicht.

Registrierte IDPs aus den Gebieten, in denen der Krieg in einer aktiven Phase und das Leben gefährlich ist, erhalten monatlich als Erwachsene 2.000 Hrywnja (knapp 50 Euro) und als Kinder oder Menschen mit Behinderungen 3.000 Hrywnja (ca. 73 Euro). Der IOM zufolge leben nur 30 Prozent der IDP-Haushalte von Gehältern als ihrer primären Einnahmequelle. Weitere 20 Prozent stützen sich auf Renten, was es für die Wohlfahrtspolitik umso wichtiger macht, dass die Renten rechtzeitig ausgezahlt werden. Bei den IDP-Haushalten sind rund 24 Prozent auf monatliche staatliche Hilfen angewiesen. Das monatliche Einkommen pro Angehörigem eines IDP-Haushalts beläuft sich für 72 Prozent der Haushalte auf durchschnittlich 2.500 Hrywnja (rund 62 Euro), was eine Herausforderung für diese Gruppe darstellt. Gleichzeitig erhalten IDPs auch direkte finanzielle Unterstützung und humanitäre Hilfe von einigen internationalen Organisationen (UNESCO, UN, Rotes Kreuz) sowie aus der Zivilgesellschaft und zahlreichen lokalen Wohlfahrtsorganisationen. Um die Unterstützung für die IDPs besser zu koordinieren, führte die Regierung die Internet-Plattform »eDopomoha« (dt.: »e-Hilfe«) ein, auf der Nutzer:innen staatliche Finanzhilfen beantragen, die Unterstützung von Freiwilligen suchen oder Hilfszahlungen von internationalen Organisationen empfangen können. Da es viele internationale und ukrainische Organisationen gab, die humanitäre

oder finanzielle Hilfe leisteten, überprüfte das Ministerium für Sozialpolitik die Daten von Einzelpersonen, um eine Doppelfinanzierung durch unterschiedliche Stellen zu unterbinden, wie sie in den ersten Tagen der Invasion stattgefunden hatte.

Im Frühjahr 2022 und im März 2023 führte die Regierung eine Renten Anpassung durch, damit die Rentner:innen für die hohe Inflation bei den Verbraucherpreisen kompensiert werden. Allen Rentner:innen wurden ihre Renten ausgezahlt. Rentner:innen, die nach dem 24. Februar 2022 in vorübergehend besetzten Gebieten blieben (von denen einige bereits befreit sind) erhielten ihre Renten auf ihre Bankkonten. Falls sie traditionell ihre Renten über die ukrainische Post bezogen, wurden die Renten wenige Tage nach der Befreiung ausgezahlt. Das ist der Grund warum die ukrainische Post zu den ersten Institutionen zählte, die in von der ukrainischen Armee befreite Orte zurückkehrte: Sie spielte bei der Versorgung der Rentner:innen eine zentrale Rolle.

2022 setzte die ukrainische Regierung den geplanten Anstieg des Existenzminimums um, der zu einer nominellen Erhöhung des garantierten Mindesteinkommens (GME) führte. Dieser Faktor wurde bei Zahlungen an geringverdienende Familien im Rahmen des GME-Programms berücksichtigt. Allerdings brachte es die Inflation mit sich, dass die garantierten Mindesteinkommen real beträchtlich schrumpften. Ungeachtet eines Anstiegs der Finanzierung um 9,6 Prozent auf einen Umfang von aktuell 13,8 Milliarden Hrywnja, stieg die Zahl der Familien, die finanzielle Hilfen aus dem Programm für ein Mindesteinkommen erhielten, lediglich um 2,9 Prozent. Dadurch konnte der Schutz trotz der zunehmenden Armut nicht ausgeweitet werden. Einer der Faktoren könnte hier das niedrige Niveau des GME sein, und die erhöhten Sozialhilfen für IDPs, die über andere Programme bereitgestellt werden. Die begrenzte Reichweite des Programms deutet darauf hin, dass viele unter Armut leidende Haushalte nicht erreicht wurden.

Um die Haushalte zu entlasten, die ihre Einkommensquelle verloren haben, lockerte die Regierung 2022 die Bedingungen für Wohn- und Betriebskostenzuschüsse, wobei IDPs diese Zuschüsse an ihrem neuen Wohnort erhalten konnten. Die Zahl der Haushalte, die diese Zuschüsse erhalten, stieg von September bis Dezember 2022 von 1,4 auf 2,6 Millionen, wahrscheinlich, weil einige IDPs, die ihr Einkommen verloren hatten, weiterhin einen Anspruch auf diese Zuschüsse haben. Die Zahl der Empfänger:innen schnellte allerdings nicht in die Höhe, weil viele ins Ausland emigrierten und die Regierung die Tarife für Gas und Heizung einfro, um extreme Armut zu verhindern. Diese Strategie begrenzt zwar soziale Spannungen und die Inflation, doch sind allgemeine Subventionen in der Regel teurer als zielgerichtete soziale Unterstützung. Insgesamt

ist die Finanzierung von Wohn- und Betriebskostenzuschüssen 2022 um 24,5 Prozent auf 24,9 Milliarden Hrywnja zurückgegangen.

Den Menschen in befreiten Gebieten zahlte die Regierung im Oktober 2022 einmalig pro Person 2.000 Hrywnja aus bzw. 3.000 Hrywnja für Kinder und Menschen mit Behinderungen. Außerdem startete im Oktober 2022 das Programm »eOsselja« (dt.: »e-Wohnen«), mit dem subventionierte Immobilienkredite bereitgestellt werden.

Darüber hinaus wurde Anfang 2023 das Gesetz über Entschädigungen für beschädigten oder zerstörten Wohnraum verabschiedet. Somit haben Haushalte, deren Wohnraum durch den Krieg beschädigt wurde, einen Anspruch auf Entschädigung oder ersatzweisen Wohnraum. Es wird erwartet, dass das Programm in nächster Zukunft anlaufen wird. Die genaue Prozedur des Entschädigungsverfahrens steht noch nicht fest, aber die Betroffenen können bereits beschädigten oder zerstörten Wohnraum melden, entweder über die Diia-App oder über die lokalen Zentren für Verwaltungsdienstleistungen. Die Schadensüberprüfung wird durch speziell eingesetzte Kommissionen vorgenommen.

### Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Viele Unternehmen mussten ihre Tätigkeit zurückfahren, einige mussten schließen und andere haben ihren Standort in sichere Regionen verlegt. Dadurch ist die Arbeitslosenquote stark gestiegen: Lag sie Ende 2021 bei ca. 10 Prozent, stieg sie Anfang 2023 schätzungsweise auf 20–25 Prozent [Anm. d. Red.: Viele staatliche Statistiken werden seit Februar 2022 nicht mehr veröffentlicht, weshalb es zu einer Reihe von Themen, wie z. B. Arbeitslosigkeit, keine offiziellen Angaben mehr gibt, sondern lediglich Schätzungen]. Aus einer Reihe von Gründen ist diese Schätzung jedoch höher als die tatsächliche Arbeitslosenquote. Der erste und wichtigste Grund ist: Die Schätzung berücksichtigt auch Ukrainer:innen, die in Wirklichkeit im Ausland sind und somit derzeit keine Arbeit in der Ukraine suchen. Zweitens gibt es vereinzelte Belege, dass die informelle Beschäftigung etwas zugenommen hat, weil das den Arbeitgeber:innen mehr Flexibilität bietet, wenn wegen der Kriegsrisiken schwierige Zeiten anbrechen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit hat die Regierung eine Reihe von Initiativen verfolgt, die für Unternehmen Unterstützung bereithalten sollen. Diese Programme zielen auf Beschäftigungssicherung und eine Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit ab. Sie sind derart gestaltet, dass sie Unternehmen vor der Notwendigkeit bewahren sollen, Beschäftigte zu entlassen. Diese Maßnahme ist wichtig, um zu verhindern, dass weitere Haushalte in Armut abrutschen.



## Armut

2022 hat Ukrstat seine Erhebung zu den Privathaushalten, die die beste Informationsquelle zur Armut darstellt, nicht durchgeführt, weil große Teile der Bevölkerung migriert sind und weil die Rahmenbedingungen aufgrund der landesweiten Raketen- und Drohnenangriffe solche Umfragen schwierig machen. Auch die Daten zu den Löhnen und Gehältern sowie die Verteilung der Beschäftigten werden von Ukrstat nicht veröffentlicht. Die Weltbank hat allerdings versucht, die Armut anhand der globalen Armutsgrenze von 6,85 US-Dollar pro Kopf am Tag abzuschätzen. Diesen Schätzungen zufolge hat die Armut von 5,5 Prozent 2021 auf 24,1 Prozent 2022 zugenommen. Das bedeutet, dass der Krieg zusätzliche 7,1 Millionen Menschen in die Armut getrieben hat und die Ukraine bei der Armutsbekämpfung um 15 Jahre zurückgeworfen hat. Diese Zunahme der Armut ist aber auch zum Teil auf die kriegsbedingte Abwertung der Hrywnja zurückzuführen: Im Dezember 2021 lag der Hrywnja-Kurs pro US-Dollar bei 26,8; im Dezember 2022 waren es 36,57. Die vom Krieg am stärksten betroffenen Regionen weisen einen stärkeren Anstieg der Armut auf, weil die Inflation dort wegen der teureren Logistik und größeren Risiken höher ist. Der

### *Über die Autorin*

*Oleksandra Betliy* ist leitende Research Fellow am Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER) in Kyjiw. Zu ihrem Forschungsgebiet gehören makroökonomische Prognostik, Analysen der Haushalts-, Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik sowie Politikberatung in diesen Bereichen. Twitter-Account: OBetliy.

UNESCO zufolge ist auch die Kinderarmut drastisch gestiegen.

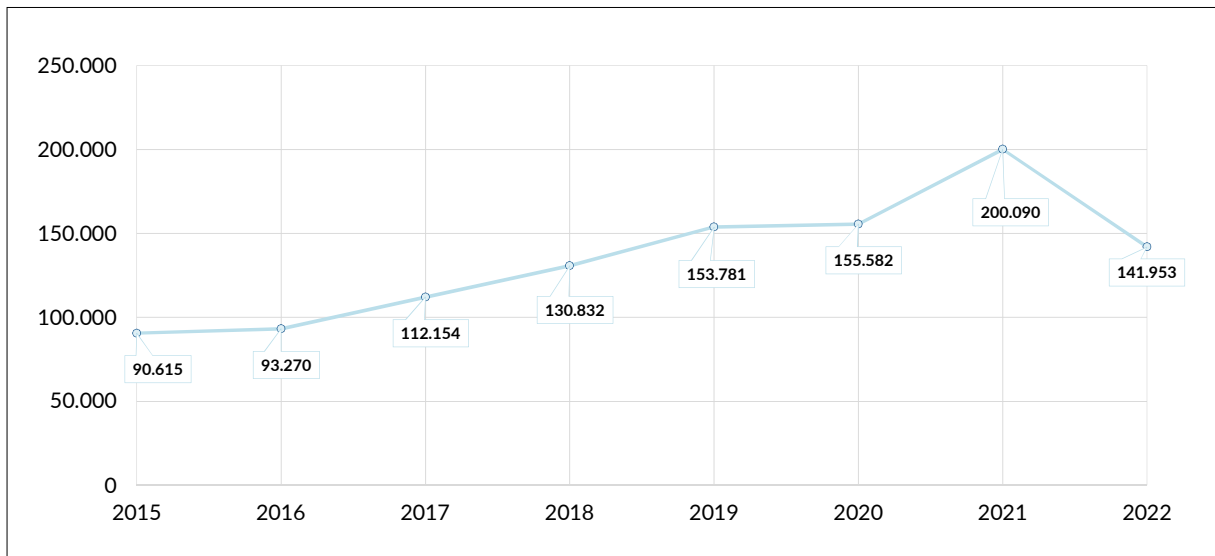
## Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Regierung während des großangelegten russischen Krieges gegen die Ukraine beharrlich bemüht war, Mittel für Sozialprogramme bereitzustellen und die Beschäftigung anzukurbeln. Das Ziel war, die soziale Absicherung im Land in Kriegszeiten aufrecht zu erhalten, den Anstieg der Armut zu begrenzen und die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen. Die Anstrengungen trugen Früchte, weil die Regierung es schaffte, die Finanzierung für diese Programme durch erfolgreiche Verhandlungen mit internationalen humanitären und Finanzorganisationen sowie mit anderen Staaten abzusichern. Diese Finanzierung hatte Priorität, weil die gesunkenen Steuereinnahmen gerade so ausreichten, um die stark gestiegenen Ausgaben für Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen zu decken. Die Reaktion der Regierung auf die sich stetig wandelnde Lage war ungeachtet dieser Leistungen uneinheitlich und könnte eine umfassende Überarbeitung gebrauchen.

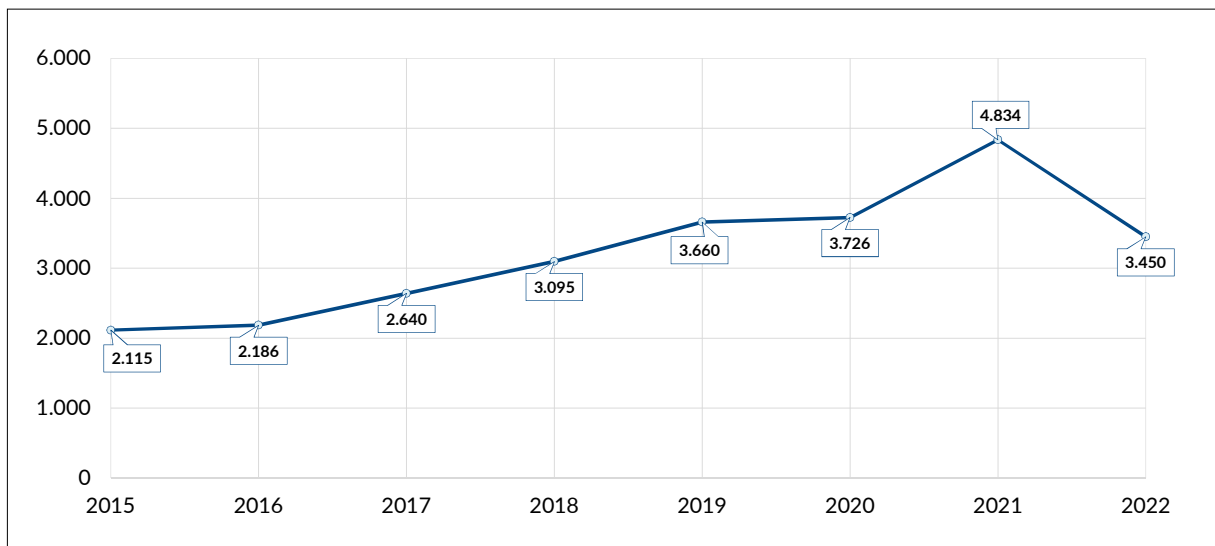
*Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder*

## STATISTIK

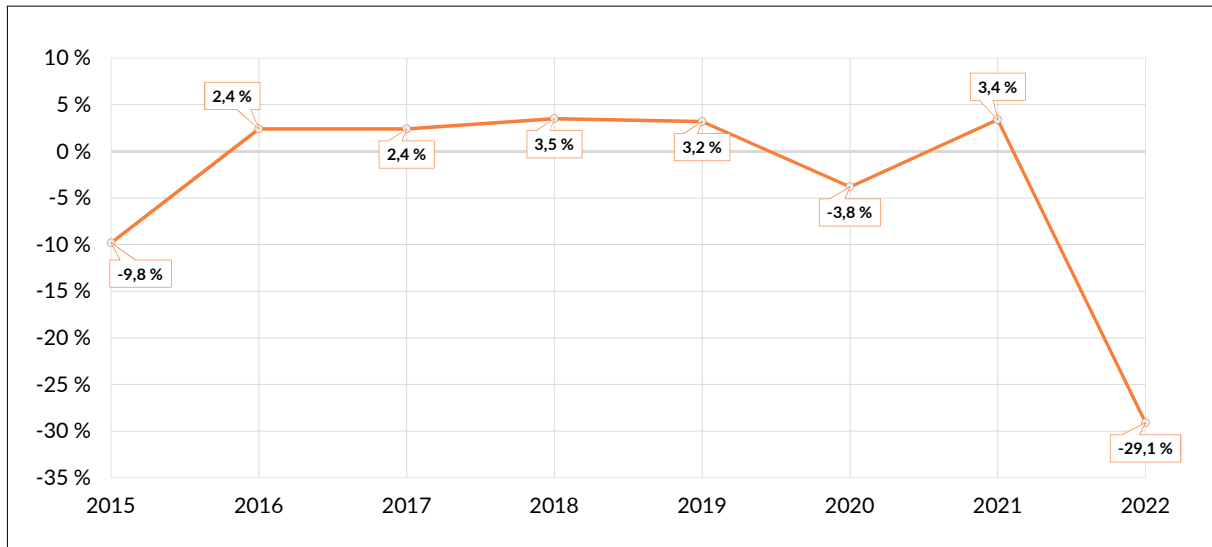
## Wirtschaftsentwicklung und Sozialpolitik

**Grafik 1: Bruttoinlandsprodukt 2015–2022 (in Mio. USD)**

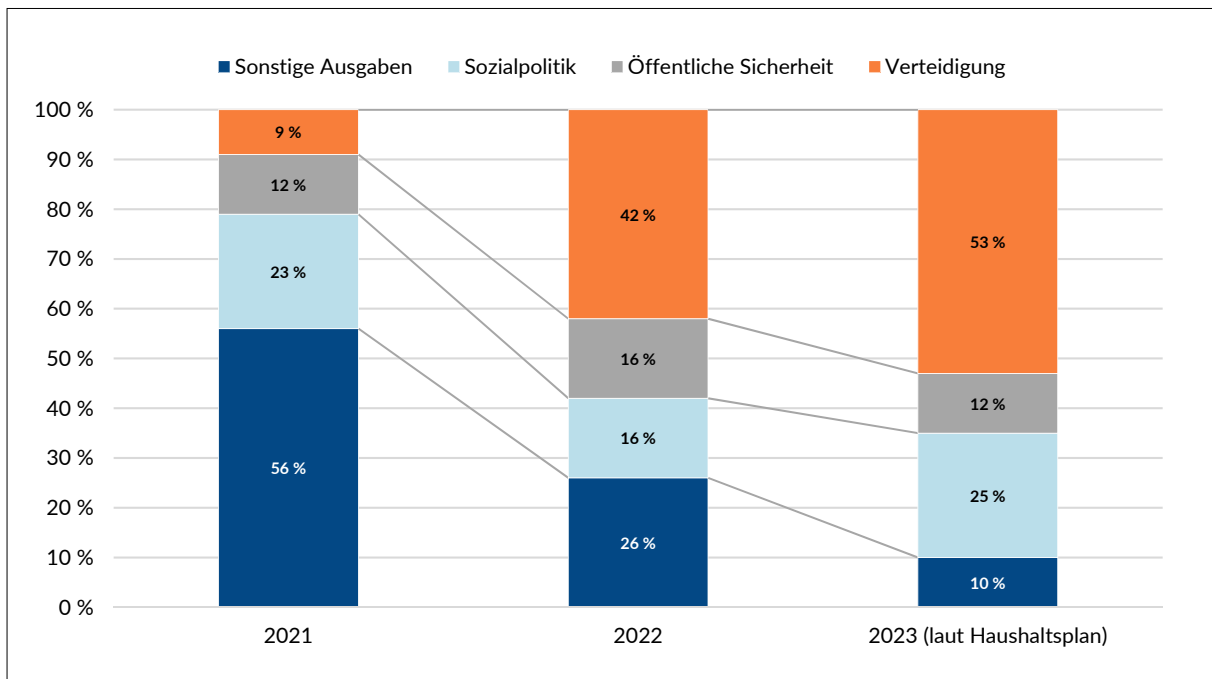
Quelle: <https://index.minfin.com.ua/ua/economy/gdp/> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

**Grafik 2: BIP pro Kopf (in USD)**

Quelle: <https://index.minfin.com.ua/ua/economy/gdp/> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

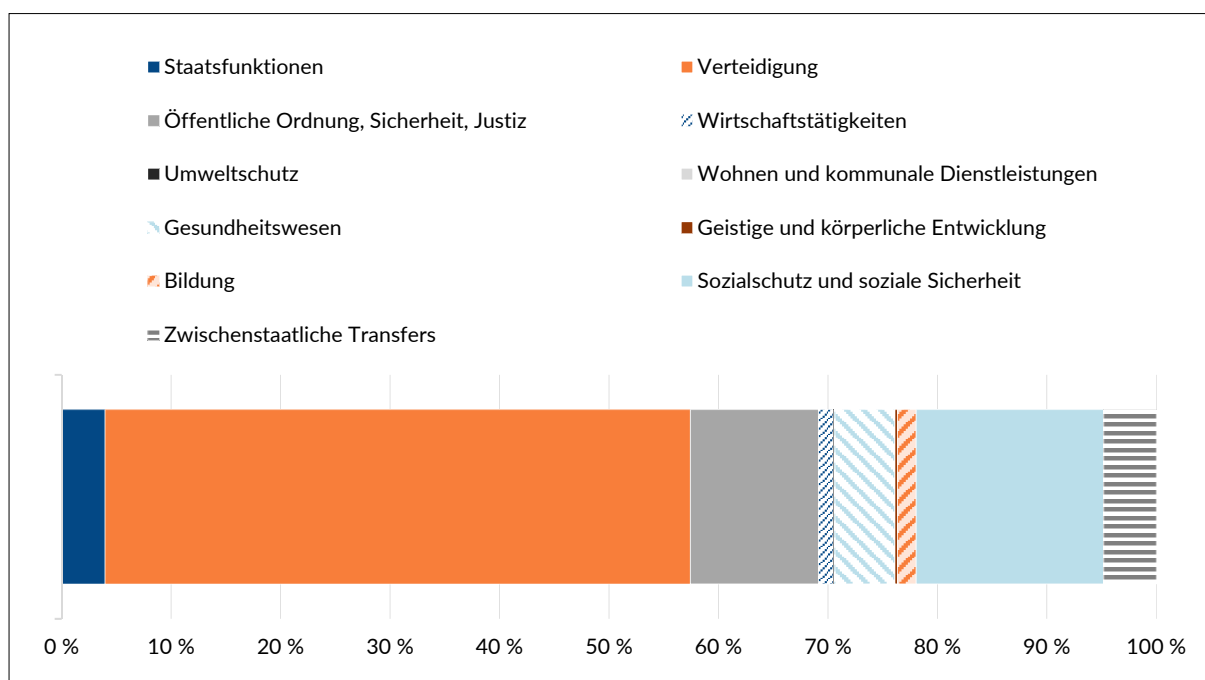
**Grafik 3: BIP-Veränderung im Vergleich zum Vorjahr (in %)**

Quelle: Ukrstat.gov.ua, [https://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2022/vvp/ind\\_vvp/ivvp\\_22\\_ue.xls](https://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2022/vvp/ind_vvp/ivvp_22_ue.xls) (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

**Grafik 4: Veränderte Struktur der Staatsausgaben (in %)**

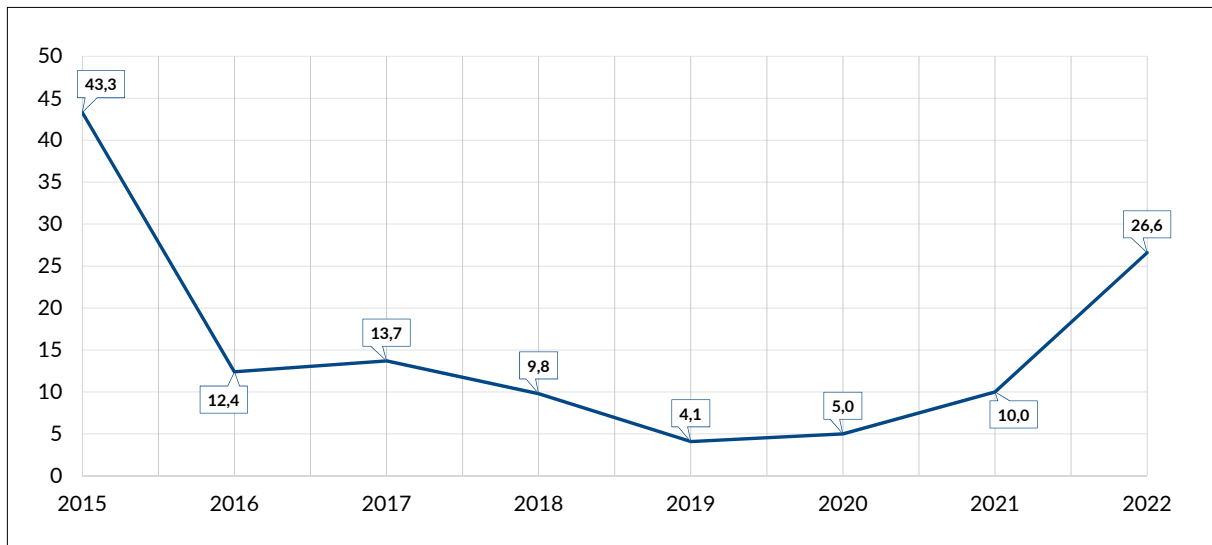
Quelle: GET Ukraine, Newsletter 172, Februar 2023, <https://www.german-economic-team.com/newsletter/die-ukrainische-wirtschaft-ein-jahr-nach-der-invasion/> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

Grafik 5: Staatshaushalt 2023

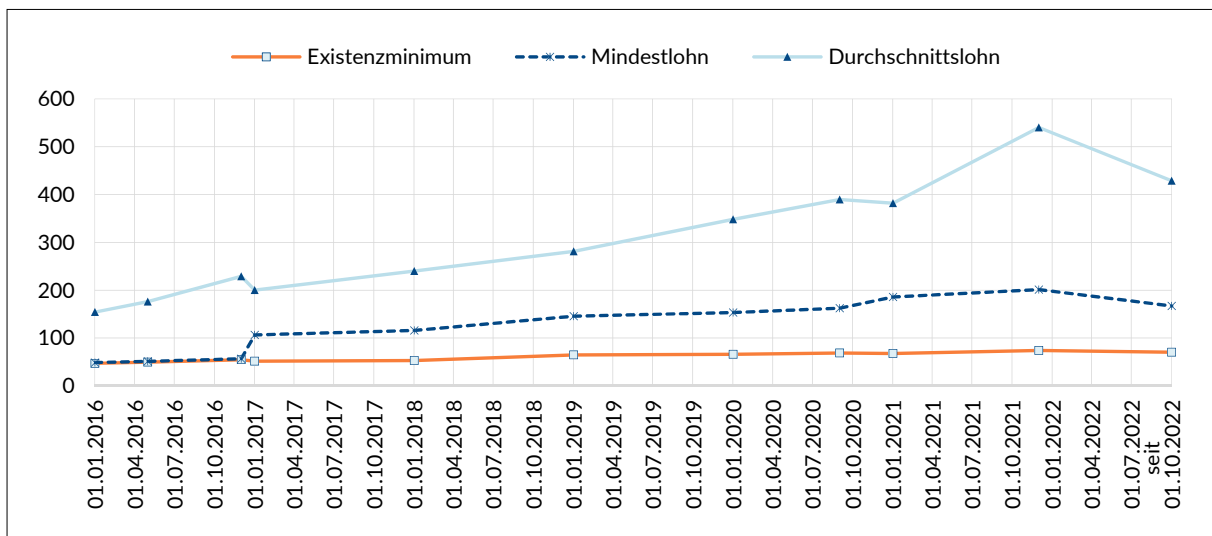


	Ausgaben in Mio. UAH	Anteil in %
Insgesamt	447.476,6	100,00 %
Staatsfunktionen	17.699,8	3,96 %
Verteidigung	239.245,4	53,47 %
Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Justiz	52.346,6	11,70 %
Wirtschaftstätigkeiten	6.371,6	1,42 %
Umweltschutz	494,3	0,11 %
Wohnen und kommunale Dienstleistungen	0,5	0,00 %
Gesundheitswesen	24.447,6	5,46 %
Geistige und körperliche Entwicklung	1.083,3	0,24 %
Bildung	7.632,5	1,71 %
Sozialschutz und soziale Sicherheit	76.698,4	17,14 %
Zwischenstaatliche Transfers	21.456,6	4,80 %

Quelle: <https://index.minfin.com.ua/finance/budget/gov/expense/> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

**Grafik 6: Inflationsrate (2015–2022, in % gegenüber dem Vorjahr)**

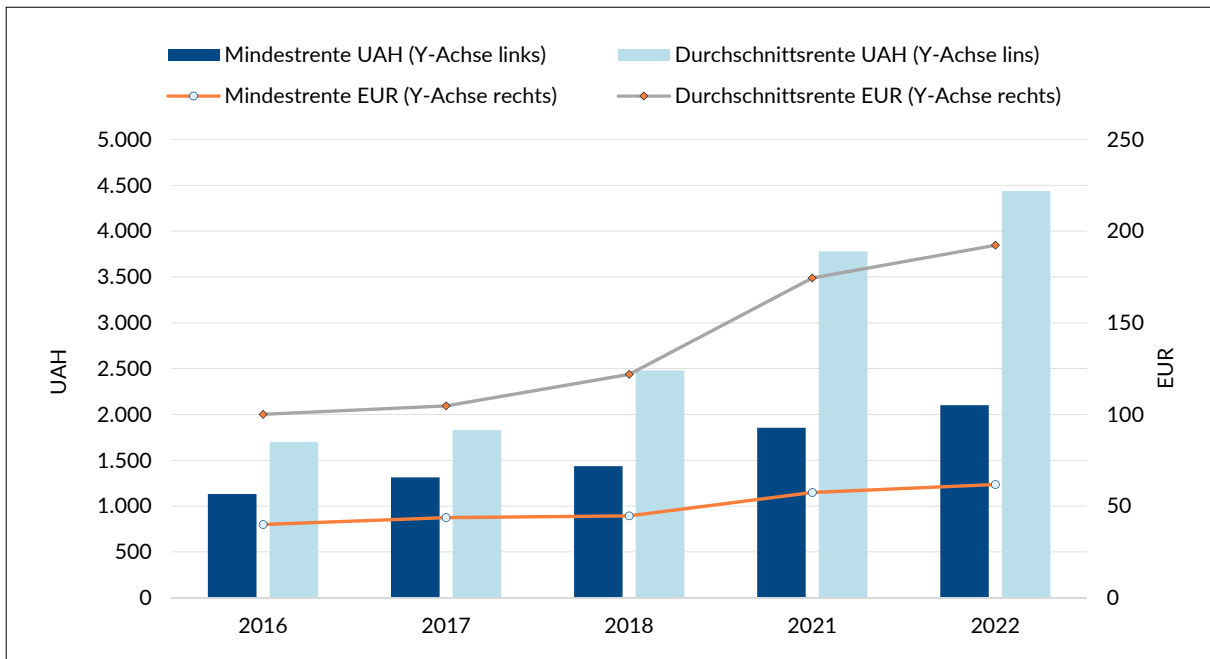
Quelle: Nationalbank der Ukraine, <https://bank.gov.ua/en/statistic/macro-indicators#1> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

**Grafik 7: Existenzminimum, Durchschnittslohn und Mindestlohn (2016–2022, in Euro)**

	Existenzminimum	Mindestlohn	Durchschnittslohn
01.01.2016	47	49	154
01.05.2016	49	51	176
01.12.2016	55	57	229
01.01.2017	51	107	200
01.01.2018	53	116	240
01.01.2019	65	146	281

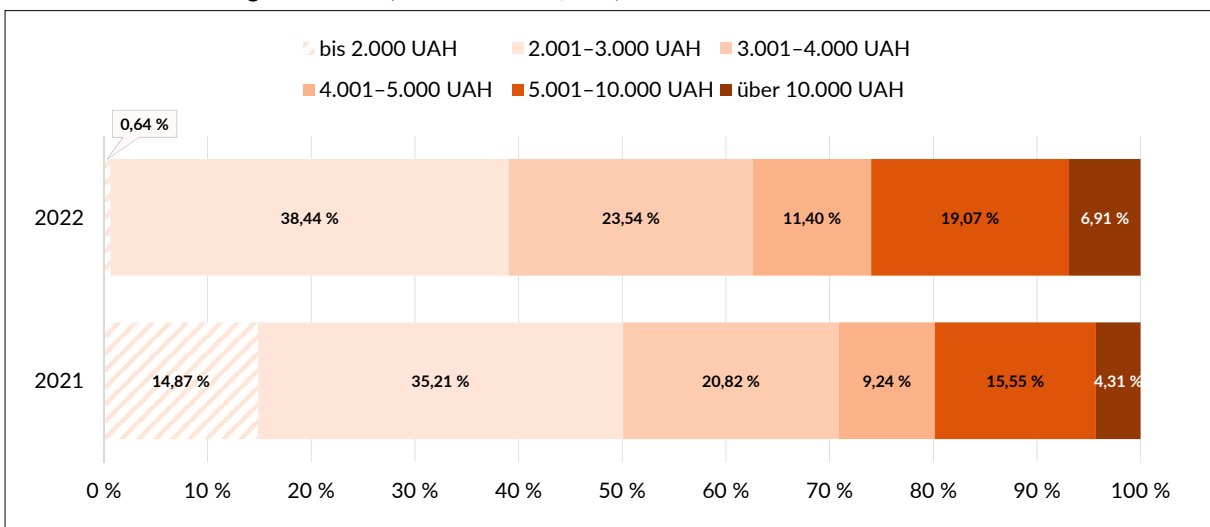
	Existenzminimum	Mindestlohn	Durchschnittslohn
01.01.2020	66	153	348
01.09.2020	69	162	390
01.01.2021	68	186	382
01.12.2021	74	201	540
seit 01.10.2022	70	167	429

Quelle: Finanzministerium der Ukraine, <https://index.minfin.com.ua> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

**Grafik 8: Mindest- und Durchschnittsrente (2016–2022, in Hrywnja und Euro)**

	Mindestrente UAH (Y-Achse links)	Durchschnittsrente UAH (Y-Achse links)	Mindestrente EUR (Y-Achse rechts)	Durchschnittsrente EUR (Y-Achse rechts)
2016	1.130	1.700	40	60
2017	1.312	1.828	44	61
2018	1.435	2.479	45	77
2021	1.854	3.779	57	117
2022	2.100	4.437	62	131

Quelle: <https://social.com.ua/lyshe-u-nas/specztema/istoriya-pensijnoyi-systemy-ukrayiny-yak-zminyuvalys-vyplaty-protiyagom-nezalezhnosti/> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

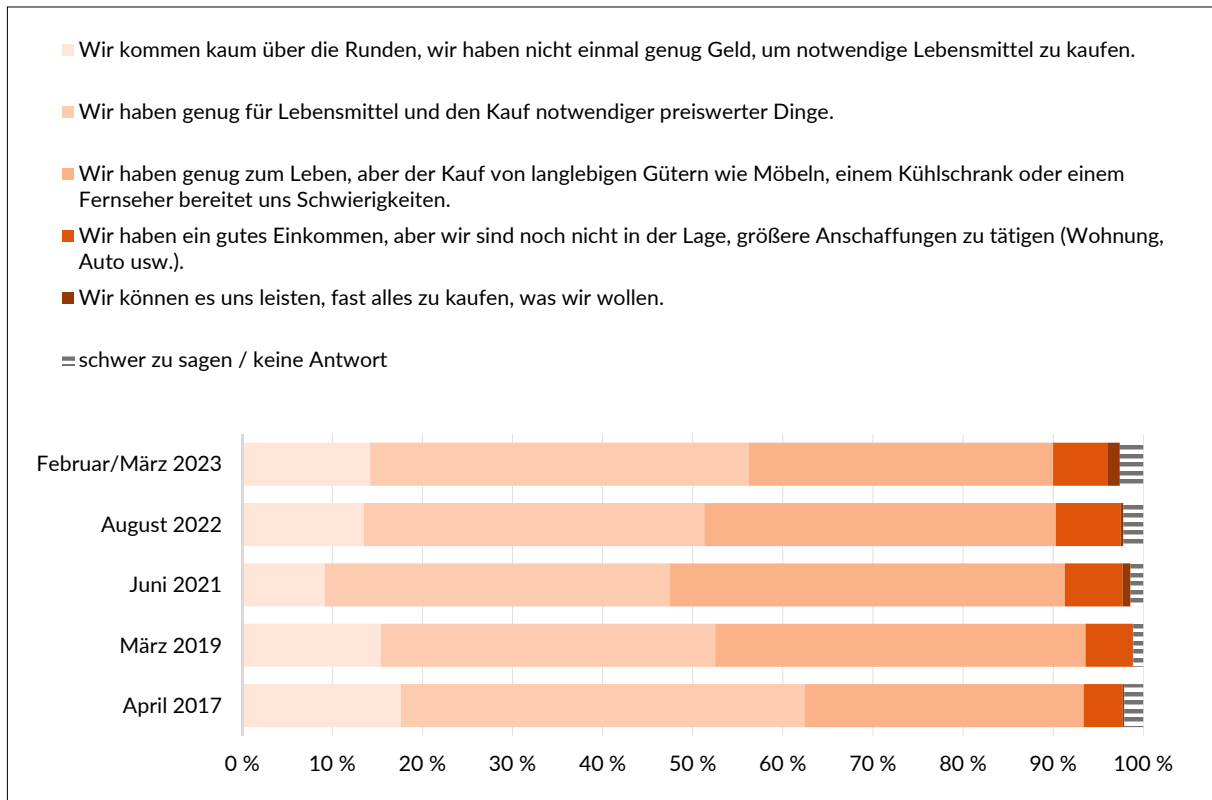
**Grafik 9: Verteilung der Renten (2021 und 2022, in %)**

Quelle: <https://razumkov.org.ua/en/articles/pension-system-can-ukrainian-pensions-be-savedhttps://razumkov.org.ua/en/articles/pension-system-can-ukrainian-pensions-be-saved> (zusammengestellt von Ingmar Petzold).

## UMFRAGEN

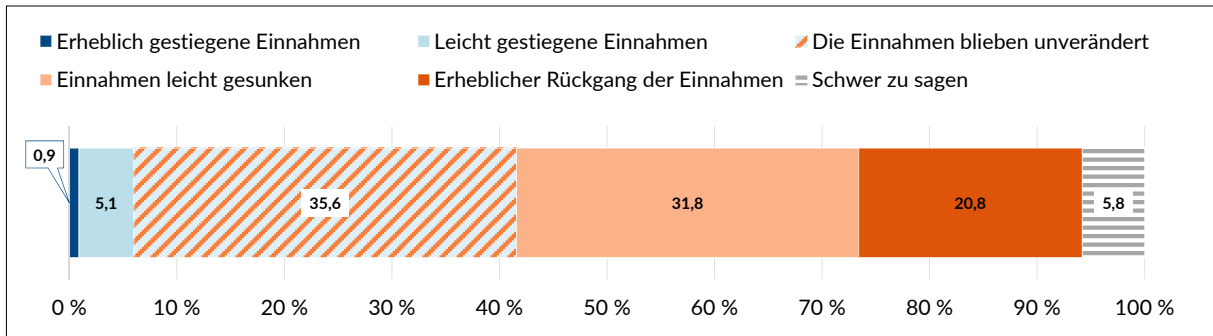
## Finanzielle Lage der Bevölkerung

**Grafik 1: Wie ist die allgemeine finanzielle Situation Ihrer Familie? (April 2017 – Februar/März 2023, in %)**

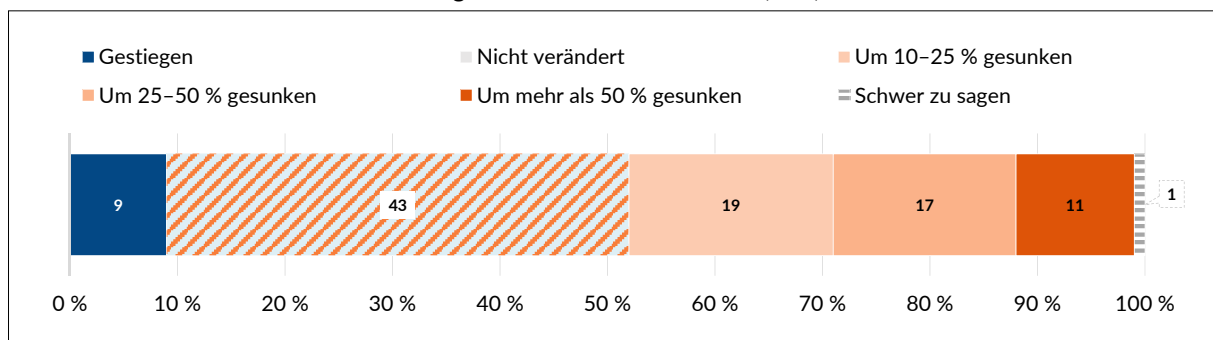


	April 2017	März 2019	Juni 2021	August 2022	Februar/März 2023
Wir kommen kaum über die Runden, wir haben nicht einmal genug Geld, um notwendige Lebensmittel zu kaufen.	17,6	15,4	9,2	13,5	14,2
Wir haben genug für Lebensmittel und den Kauf notwendiger preiswerter Dinge.	44,8	37,1	38,3	37,8	42
Wir haben genug zum Leben, aber der Kauf von langlebigen Gütern wie Möbeln, einem Kühlschrank oder einem Fernseher bereitet uns Schwierigkeiten.	30,9	41,1	43,8	39	33,7
Wir haben ein gutes Einkommen, aber wir sind noch nicht in der Lage, größere Anschaffungen zu tätigen (Wohnung, Auto usw.).	4,3	5,2	6,4	7,2	6,1
Wir können es uns leisten, fast alles zu kaufen, was wir wollen.	0,2	0,1	0,9	0,3	1,3
schwer zu sagen / keine Antwort	2,1	1,1	1,4	2,2	2,6

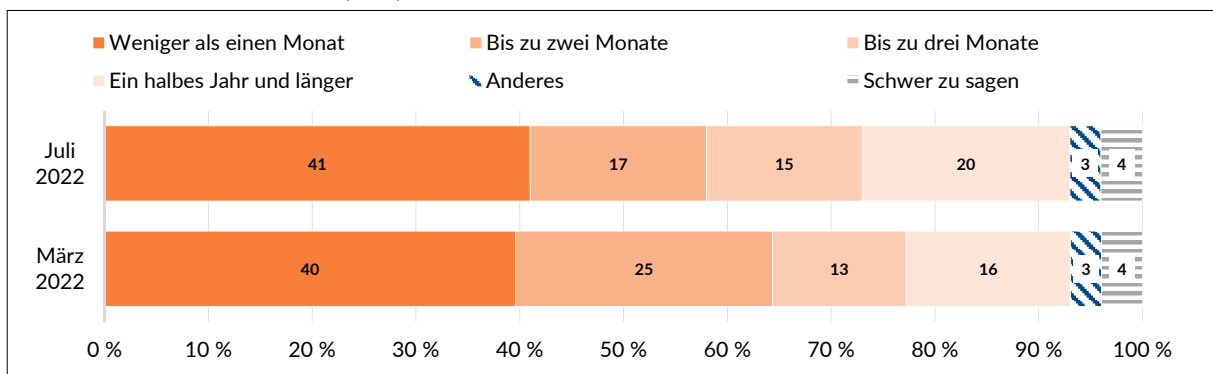
Quelle: Razumkov-Zentrum, Sozio-ökonomische Lage der ukrainischen Bevölkerung: Ergebnisse des ersten Kriegsjahres (Februar-März 2023), 24. März 2023, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/sotsialnoekonomichne-samopochuttia-gromadian-ukrainy-pidsumky-roku-viiny-liutyi-berezen-2023r>.

**Grafik 2: Wie haben sich die Einnahmen Ihrer Familie seit dem 24. Februar 2022 verändert? (in %)**

Quelle: Razumkov-Zentrum, Sozio-ökonomische Lage der ukrainischen Bevölkerung: Ergebnisse des ersten Kriegsjahres (Februar-März 2023), 24. März 2023, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/sotsialnoekonomichne-samopochuttia-gromadian-ukrainy-pidsumky-roku-viiny-liutyi-berezen-2023r>.

**Grafik 3: Wie hat sich Ihr Lohn seit Beginn der Invasion verändert? (in %)**

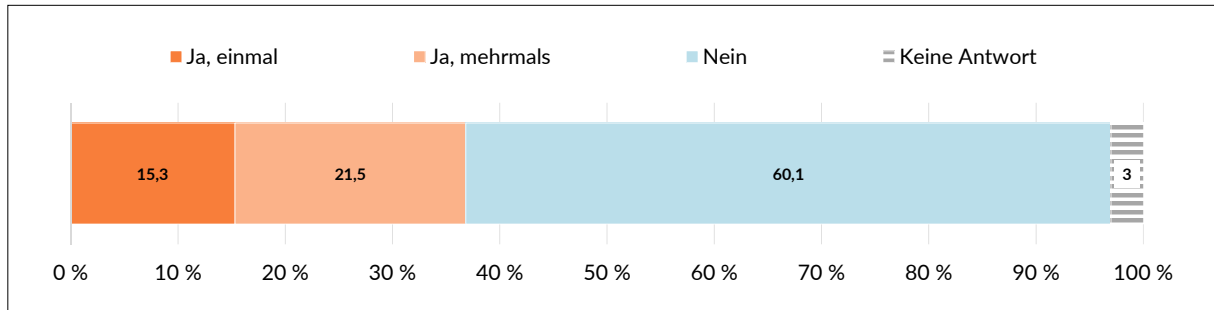
Quelle: Sociological Group Rating, Fifteenth National Survey: Ukraine during the war. Employment and income, 27.07.2022, [https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatnadcat\\_obschenaci\\_opros\\_ukraina\\_vo\\_vremya\\_voyny\\_zanyatost\\_i\\_dohody\\_23-24\\_iyulya\\_2022\\_goda.html](https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatnadcat_obschenaci_opros_ukraina_vo_vremya_voyny_zanyatost_i_dohody_23-24_iyulya_2022_goda.html)

**Grafik 4: Wie lange reichen Ihre Ersparnisse, wenn Sie keine Löhne/Gehälter/Renten/andere Einkünfte mehr erhalten würden? (in %)**

Quelle: Sociological Group Rating, Fifteenth National Survey: Ukraine during the war. Employment and income, 27.07.2022, [https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatnadcat\\_obschenaci\\_opros\\_ukraina\\_vo\\_vremya\\_voyny\\_zanyatost\\_i\\_dohody\\_23-24\\_iyulya\\_2022\\_goda.html](https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatnadcat_obschenaci_opros_ukraina_vo_vremya_voyny_zanyatost_i_dohody_23-24_iyulya_2022_goda.html)



**Grafik 5: Haben Sie (Ihre Familie) seit Beginn des Krieges (nach dem 24. Februar 2022) humanitäre Hilfe von einer Organisation oder Institution erhalten? (in %)**



Quelle: Razumkov-Zentrum, Sozio-ökonomische Lage der ukrainischen Bevölkerung: Ergebnisse des ersten Kriegsjahres (Februar-März 2023), 24. März 2023, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/sotsialnoekonomichne-samopochuttia-gromadian-ukrainy-pidsumky-roku-viiny-liutyi-berezen-2023r>.

## CHRONIK

### 22. Februar – 07. März 2023

22.02.2023	Nach Angaben der spanischen Verteidigungsministerin Margarita Robles wird Spanien der ukrainischen Armee sechs Panzer vom Typ Leopard 2 A4 übergeben, die derzeit instandgesetzt werden.
22.02.2023	Der Abgeordnete der Regierungspartei Diener des Volkes Oleksandr Truchin einigt sich nach eigenen Angaben mit der Spezialisierten Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft (SAPO) auf einen Vergleich und bekennt sich schuldig, einem Polizeibeamten ein Bestechungsgeld angeboten zu haben.
22.02.2023	Am Rande eines Treffens des Bukarest Neun-Formats in Warschau nennt der US-amerikanische Präsident Joe Biden die Aussetzung des New START-Abkommens durch Russland »einen großen Fehler«. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am Vortag bei seiner Rede zur Lage der Nation vor der Föderalversammlung angekündigt, das Abkommen zur Reduzierung von Atomwaffen auszusetzen.
22.02.2023	Der Sprecher der ukrainischen Luftwaffe Jurij Ihnat erklärt in einem Kommentar, die russischen Truppen haben für den jüngsten Angriff auf Charkiw das S-300-Flugabwehrraketensystem eingesetzt. Laut dem Gouverneur der Region Charkiw sind bei einem Angriff auf die Stadt zwei Menschen verletzt worden.
23.02.2023	Kurz vor dem Jahrestag des großangelegten russischen Angriffs auf die Ukraine verabschiedet die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit den Stimmen von 141 der 193 UN-Mitgliedsstaaten eine Resolution, in der sie den sofortigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine innerhalb deren international anerkannten Grenzen fordert.
23.02.2023	Kurz vor dem Jahrestag des großangelegten russischen Angriffs auf die Ukraine veröffentlicht der Europäische Rat eine Erklärung: »Wir [werden] alles dafür tun, dass die Ukraine den Krieg für sich entscheidet, dass das Völkerrecht geachtet wird, dass Frieden und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen wiederhergestellt werden [...]«, heißt es in der Erklärung der Staats- und Regierungschef:innen.
23.02.2023	Bei russischem Beschuss wird eine Leitung beschädigt, über die etwa 600 Wohnungen und 40.000 Menschen in Cherson mit Wärme versorgt werden. Die Reparaturarbeiten werden ununterbrochen fortgesetzt, bis die Versorgung wiederhergestellt sei, sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner täglichen Videobotschaft.
23.02.2023	Der finnische Verteidigungsminister Mikko Savola kündigt an, Finnland werde der Ukraine drei Leopard 2-Panzer für die Minenräumung zur Verfügung stellen. Außerdem bestätigt der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez während eines Treffens mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj in Kyjiw die Lieferung von sechs Leopard 2-Panzern und stellt die Lieferung von vier weiteren in Aussicht.

23.02.2023	Ein Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs sind rund 1.066.000 Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland registriert worden, wie das Bundesinnenministerium mitteilt.
24.02.2023	Zum Jahrestag des großangelegten russischen Kriegs gegen die Ukraine sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videobotschaft: »Das war ein Jahr des Schmerzes, des Leids, des Glaubens und der Einigkeit. Wir wissen, dass dieses Jahr das Jahr unseres Sieges sein wird.« Auf dem Sophienplatz in Kyjiw verleiht er Angehörigen der Streitkräfte Auszeichnungen, darunter den Titel »Held der Ukraine«.
24.02.2023	Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sich auf das mittlerweile zehnte Sanktionspaket gegen Russland geeinigt, teilt die Schwedische Ratspräsidentschaft mit. Das Paket enthalte u. a. Ausfuhrbeschränkungen für sogenannte Dual-Use-Güter. Auch die USA, Großbritannien, Australien und Neuseeland kündigen neue Sanktionen an.
24.02.2023	Die ersten Leopard 2-Panzer aus Polen werden an die Ukraine geliefert und von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bei seinem Besuch in Kyjiw übergeben.
24.02.2023	Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius kündigt die Lieferung von weiteren vier Panzern des Typs Leopard 2 A6, also von insgesamt 18 Panzern an die Ukraine an. Außerdem kündigen der kanadische Ministerpräsident Justin Trudeau die Lieferung von vier weiteren, also insgesamt acht, und der schwedische Ministerpräsident Ulf Kristersson die Lieferung von bis zu 10 Leopard 2-Panzern an.
24.02.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj begrüßt die Tatsache, dass China begonnen habe, über Frieden in der Ukraine zu sprechen, sieht in den Vorschlägen aber keinen Friedensplan. Westliche Partner wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell äußern sich zurückhaltend und bezweifeln deren Glaubwürdigkeit. Das chinesische Außenministerium hatte am Morgen eine Liste von Vorschlägen zur »politischen Beilegung« des Kriegs veröffentlicht und darin zu einem Waffenstillstand und zur Aufnahme von Friedensgesprächen aufgefordert.
24.02.2023	Das ukrainische Parlament verabschiedet ein Gesetz für mehr Transparenz im Beschaffungswesen des Verteidigungsministeriums. Das Gesetz sieht die Veröffentlichung von Preisen für Beschaffungen außer Waffen auf der staatlichen elektronischen Beschaffungsplattform Prozorro vor. Die Veröffentlichung von Informationen über Beschaffungen des Verteidigungsministeriums war mit Beginn des russischen Angriffskriegs ausgesetzt worden. Ein Bericht über den Einkauf von Lebensmitteln für die Armee zu überhöhten Preisen hatte Korruption im militärischen Beschaffungswesen aufgedeckt und für mehrere Entlassungen gesorgt.
24.02.2023	In einer Pressemitteilung kündigt US-Außenminister Antony Blinken ein neues Hilfspaket in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar an, das Budgethilfen für die ukrainische Regierung sowie Energiehilfen umfasst. Außerdem kündigt das US-Verteidigungsministerium ein Militärhilfpaket über 2 Milliarden US-Dollar zur Stärkung der Luftverteidigung an.
25.02.2023	Der Generaloberst Oleksandr Syrskyj besucht die stationierten Einheiten der ukrainischen Landstreitkräfte in Bachmut und Umgebung, um sich ein Bild von der Lage zu machen und den Fragen der Kommandeure zu stellen. Die russischen Truppen versuchten weiterhin, die ukrainischen Verteidigungslinien zu durchbrechen und die Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen, heißt es in einer Mitteilung des Heeres.
26.02.2023	Im Interview mit der Funke Mediengruppe sagt der stellvertretende Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes (HUR), Wadym Skibizkyj, es werde eine Gegenoffensive der ukrainischen Armee im Frühjahr geben. Ziel sei es, »einen Keil in die russische Front im Süden zu treiben zwischen der Krim und dem russischen Festland«.
26.02.2023	Zum neunten Jahrestag der russischen Besetzung der Krim erklärt Präsident Wolodymyr Selenskyj auf Telegram: »Indem wir die Krim zurückbringen, werden wir den Frieden wiederherstellen.« Die Ukraine begehrt am 26. Februar den Tag des Widerstands gegen die Besetzung der Krim und der Stadt Sewastopol.
26.02.2023	Mit der Unterzeichnung von Beschlüssen des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats (RNBO) setzt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj neue Sanktionen gegen russische Personen in Kraft, darunter Personen, die an der Entführung ukrainischer Kinder beteiligt sein sollen und Personen, die gegen die Ukraine kämpfende Söldnertruppen unterstützen sollen.
26.02.2023	Bei seinem Besuch in Kyjiw kündigt der estnische Verteidigungsminister Hanno Pevkur ein neues Militärhilfpaket an, das Waffen und Ausrüstung für die ukrainischen Spezialeinheiten umfasst, wie der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow mitteilt.
26.02.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj entlässt den Befehlshaber der gemeinsamen Streitkräfte Eduard Moskaljow aus dem Amt.
27.02.2023	Bei einem unangekündigten Besuch in Kyjiw erklärt US-Finanzministerin Janet Yellen, die Ukraine habe die erste Tranche über 1,25 Milliarden US-Dollar aus dem am 24. Februar 2023 angekündigten Hilfspaket über 10 Milliarden US-Dollar bereits erhalten.

27.02.2023	Die ungarische Billigfluggesellschaft Wizz Air stellt ihre Flüge von und nach Chişinău, der Hauptstadt der Republik Moldau und einem wichtigen Knotenpunkt für ukrainische Passagier:innen, aus Sicherheitsgründen ein.
27.02.2023	Der Chef der ukrainischen Eisenbahngesellschaft Urksalisnyzja Oleksandr Kamyschin tritt zurück und wird fortan das Büro für Europäische Integration der ukrainischen Eisenbahn leiten.
28.02.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, mit dem das New START-Abkommen mit den USA offiziell ausgesetzt wird. Putin hatte die Aussetzung des Vertrags zur Reduzierung von Atomwaffen am 21. Februar 2023 bei seiner Rede zur Lage der Nation vor der Föderalversammlung angekündigt.
28.02.2023	Bei russischem Beschuss der Stadt Cherson werden zwei Menschen getötet, wie der Leiter des Präsidialamts Andrij Jermak mitteilt. In der Oblast Cherson werden laut der regionalen Verwaltung weitere vier Menschen getötet.
28.02.2023	Bei einem Treffen mit dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, in Kyjiw betont der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, die Verantwortlichen für die begangenen Kriegsverbrechen in der Ukraine müssten zur Verantwortung gezogen werden. Laut Khan untersucht der IStGH auch die russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine.
01.03.2023	Die Exporte der Europäischen Union in die Ukraine sind Ende 2022 auf dasselbe Niveau wie vor dem russischen Angriffskrieg gestiegen, zeigen Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat. Nach Beginn der Invasion waren die ukrainischen Importe in die EU um 40 % eingebrochen, die Exporte aus der EU in die Ukraine gar um 56 %, so Eurostat.
01.03.2023	Laut einem Artikel der Zeitung New York Times verliert Russland bei einer dreiwöchigen Panzerschlacht um Wuhledar im Gebiet Donezk mindestens 130 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge und erleidet damit einen herben Rückschlag. Die Panzerkolonne sei, ähnlich zu einer Situation zu Beginn des russischen Angriffskriegs, in einen Hinterhalt der ukrainischen Streitkräfte geraten.
01.03.2023	Nach Angaben der Spezialisierten Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft (SAPO) wird der ehemalige Leiter des Internationalen Flughafens Boryspil Jewhen Dychne wegen Amtsmissbrauchs zu fünf Jahren Haft verurteilt. Er hatte staatliche Immobilien zu einem reduzierten Preis vermietet, was zu einem Schaden von mehr als 15,7 Millionen Hrywnja (fast 400.000 Euro) führte. Weil Dychne, der als Reformler gilt, den Flughafen modernisierte und aus den roten Zahlen gebracht hatte und ihm auch keine Korruption nachgewiesen werden konnte, ist das Echo über die Entscheidung gemischt.
01.03.2023	Nach Angaben der Spezialisierten Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft (SAPO) wird die ehemalige Richterin des Kirowskyj-Bezirksgerichts in Dnipro, Natalija Owtscharenko, wegen der Forderung von 30.000 US-Dollar Bestechungsgeld zu 10 Jahren Haft verurteilt.
01.03.2023	Nach mehreren Drohnenabstürzen in Russland weist der Berater des Leiters des Präsidialamts, Mychajlo Podoljak, eine ukrainische Verantwortung dafür zurück. In den letzten Tagen waren unweit der ukrainischen Grenze und im Raum Moskau Drohnen abgestürzt. Auch hinter einem Brand in einer Ö Raffinerie im südrussischen Tuapse wird ein Drohnenangriff vermutet.
02.03.2023	Die Untersuchung von 20 Folterkammern im von russischer Besatzung befreiten Cherson durch ein internationales Team von Jurist:innen des »Mobile Justice Teams« ergibt, dass die Kammern »Teil eines sorgfältig durchdachten und finanzierten Plans mit dem klaren Ziel, die ukrainische nationale und kulturelle Identität auszulöschen« sind.
02.03.2023	Der Berater im Präsidialamt Mychajlo Podoljak weist Vorwürfe von russischer Seite, eine ukrainische »Sabotagegruppe« sei in die Region Brjansk in Russland eingedrungen, als Provokation zurück.
02.03.2023	Nach Angaben der Spezialisierten Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft (SAPO) wird der Bürgermeister von Poltawa Oleksandr Mamaj zu einer Bewährungsstrafe von 5 Jahren und einer Geldstrafe von 2 Millionen Hrywnja (etwa 49.000 Euro) verurteilt. Er hatte zwei Frauen über ein städtisches Unternehmen beschäftigt, die in Wirklichkeit bei ihm als Haushälterinnen arbeiteten, was einen Schaden von mehr als 570.000 Hrywnja verursacht hat.
02.03.2023	Am Rande des G20-Gipfels in Neu-Dehli sprechen der US-amerikanische Außenminister Antony Blinken und der russische Außenminister Sergej Lawrow kurz miteinander, wobei ersterer noch einmal die Unterstützung der USA für die Ukraine bekräftigt. Es ist das erste direkte Aufeinandertreffen der beiden seit Beginn des russischen Angriffskriegs.
02.03.2023	Bei einem russischen Raketenangriff auf die Stadt Saporischschja wird ein mehrstöckiges Gebäude getroffen. Mindestens vier Menschen sterben und acht weitere werden verletzt.
02.03.2023	Das Parlament der Republik Moldau verabschiedet mit knapper Mehrheit eine Erklärung, die den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt und den Abzug der russischen Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine fordert.

03.03.2023	Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine teilt mit, dass ein russischer Pilot, der am 6. März 2022 den Fernsehturm in Charkiw bombardiert hatte, wegen Kriegsverbrechen zu zwölf Jahren Haft verurteilt wurde. Er habe acht Bomben mit einem Gesamtgewicht von 2,5 Tonnen abgeworfen, bevor sein Flugzeug abgeschossen wurde und er auf ukrainischer Seite festgenommen wurde, heißt es in der Mitteilung.
04.03.2023	Laut Angaben des britischen Geheimdienstes geraten die ukrainischen Streitkräfte bei der Verteidigung der ost-ukrainischen Stadt Bachmut gegen russische reguläre sowie Söldnertruppen zunehmend unter Druck. Außerdem seien die Versorgungslinien in die bzw. aus der Stadt heraus zunehmend eingeschränkt. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs veröffentlicht das britische Verteidigungsministerium regelmäßig Analysen zum Kriegsverlauf. Berichte über einen möglichen Abzug der ukrainischen Streitkräfte aus Bachmut werden von dem Militärsprecher Serhij Tscherewatj dementiert.
04.03.2023	Auf der Konferenz »United for Justice« wird einer Erklärung der Europäischen Kommission zufolge ein Abkommen zur Gründung eines neuen Internationalen Zentrums für die Verfolgung von Verbrechen der Aggression (ICPA) unterzeichnet. Das neue Zentrum wird Ermittlungen der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe (GEG) unterstützen, die aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), der Ukraine sowie Litauen, Polen, Estland, Lettland, der Slowakei und Rumänien besteht und von der EU-Agentur Eurojust unterstützt wird.
04.03.2023	Bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Lwiw bekräftigt die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem Parlament. Es ist der zweite Besuch Metsolas seit Beginn des Angriffskriegs.
05.03.2023	Zwei ukrainische Piloten werden auf einem Stützpunkt in den USA an Flugsimulatoren für das Fliegen von Kampfjets ausgebildet. Die USA haben ukrainische Forderungen nach Lieferungen von Kampfjets bisher abgelehnt.
06.03.2023	Beamte der Strafverfolgungsbehörden beschlagnahmen bei der Durchsuchung von Logistikzentren und Lagerhäusern von Ukrnafta und Ukrtafta mehr als 16.000 Tonnen Erdölprodukte im Wert von fast 800 Millionen Hrywnja (22 Millionen US-Dollar), berichtet der Sicherheitsdienst der Ukraine. Gegen das Management der beiden Unternehmen, die in Verbindung mit dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj, bei dem vor kurzem ebenfalls eine Durchsuchung stattfand, gebracht werden, wird wegen Korruption ermittelt.
06.03.2023	In einer Sondersitzung ernennt das Ministerkabinett den ehemaligen Leiter der Staatlichen Inspektion für Architektur und Stadtentwicklung, Semen Krywonos, zum neuen Leiter des Nationalen Anti-Korruptions-Büros (NABU). Er hatte sich vor einer Auswahlkommission, der auch internationale Expert:innen angehörten, gegen zwei Mitbewerber behauptet. In der Vergangenheit wurden gegen ihn selbst Korruptionsvorwürfe erhoben, weshalb es an der Ernennung aus der Zivilgesellschaft Kritik gibt.
06.03.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bezeichnet das Video mit einer angeblichen Hinrichtung eines ukrainischen Kriegsgefangenen als entsetzlich und fordert eine Untersuchung wegen Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Zuvor war im Internet ein Video veröffentlicht worden, auf dem ein Mann in ukrainischer Militäruniform von mutmaßlich russischen Soldaten erschossen wird, nachdem er den ukrainischen Gruß »Slawa Ukrajini« gerufen hat. Die Generalstaatsanwaltschaft hat Ermittlungen eingeleitet.
07.03.2023	Laut einer von der Zeitung »Die Zeit« veröffentlichten gemeinsamen Untersuchung deutscher Medien zu den Explosionen, die in der Nacht zum 26. September 2022 drei der vier Stränge von Nord Stream 1 und 2 zerstört hatten, führt eine Spur in die Ukraine. Das Boot, von dem aus die Anschläge auf die Gaspipelines angeblich verübt worden sein sollen, sei von einer Firma angemietet worden, die Ukrainern gehört. Der Berater im Präsidialbüro Mychajlo Podoljak erklärt daraufhin, die Ukraine sei nicht in die Explosionen verwickelt und habe keine Informationen über pro-ukrainische Akteure, die dies getan haben könnten.
07.03.2023	Der Kommandeur des Mechanisierten Bataillons DaVinci Wolves, Dmytro Kozjubajlo, bekannt unter dem Decknamen »DaVinci« und jüngster Träger der Auszeichnung »Held der Ukraine«, fällt im Kampf um Bachmut.
07.03.2023	Nach Angaben des Leiters des Präsidialbüros Andrij Jermak werden im Rahmen eines Gefangenen austauschs 130 ukrainische Soldat:innen aus russischer Gefangenschaft freigelassen. Im Gegenzug haben 90 russische Soldaten das von der Ukraine kontrollierte Territorium verlassen.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Almuth Müller*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)  
Chronik: Almuth Müller  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.  
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.